



HESSISCHER LANDTAG

09. 06. 2015

ULA

Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Allianz für Wohnen in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrem Vorhaben, eine "Allianz für Wohnen" ins Leben zu rufen, um die Anstrengungen von Politik, Kommunen, Wohnungswirtschaft, Verbänden und Wissenschaft für die Bereitstellung von preiswertem und angemessenem Wohnraum für alle Hessen optimal zu bündeln und dem fachlichen Austausch einen institutionalisierten Rahmen zu geben. In einem solchen beratendem Gremium können die laufenden Maßnahmen der Landesregierung einer dauerhaften Evaluierung unterzogen, der fachliche Austausch der Akteure gesteigert, wohnungspolitische Herausforderungen frühzeitig erkannt und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, in dieser Allianz für Wohnen vor allem die unterschiedlichen wohnungspolitischen Herausforderungen in den Ballungsräumen sowie im ländlichen Raum in den Blick zu nehmen und Möglichkeiten, Strategien und Maßnahmen zu erarbeiten, wie diesen Herausforderungen am besten begegnet werden kann. Dabei sind Maßnahmen für die Schaffung von mehr Wohnraum in den Ballungsräumen mit großem Druck auf die Wohnungsmärkte ebenso in den Blick zu nehmen wie Schritte zum Erhalt der Wohnqualität in den ländlichen Räumen. Hierbei sind auch die energetische Sanierung und der altersgerechte und barrierefreie Umbau und die Stärkung der Wohnsituation und der Nachfrage nach Wohnraum in den ländlichen Räumen besonders zu berücksichtigen. Auch soll beraten werden, durch welche Maßnahmen der Neubau und Umbau von Wohnraum günstiger werden können.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Aspekte des Klima- und Naturschutzes sowie die Potenziale, die Energiesparen und Energieeffizienz mit sich bringen, mit in die Vorhaben bei der Gebäudeentwicklung und bei Stadtplanungen auch unter dem Gesichtspunkt der Kostenreduzierung einzubeziehen.
4. Der Landtag würdigt in diesem Zusammenhang die vielfältigen bereits umgesetzten Maßnahmen und Initiativen der Landesregierung für die Schaffung von angemessenem Wohnraum. Besonders hervorzuheben ist das sogenannte Sonderprogramm Wohnungsbau mit einem Volumen von 300 Mio. €, das die Fördermittel der Förderung des sozialen Wohnungsbaus hervorragend ergänzt, sodass über 600 Mio. € für den Wohnungsbau in Hessen zur Verfügung stehen. Die Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumförderung, u.a. mit der verstärkten Förderung von Sozialwohnungen, der Implementierung eines neuen Programms für Menschen mit mittleren Einkommen, sowie die Umsetzung der Kappungsgrenzenverordnung, der Kündigungssperrfristverordnung und der sogenannten Mietpreisbremse in angespannten Wohnungsmärkten sind wichtige wohnungspolitische Schritte, die für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen sollen. Ebenfalls würdigt er Maßnahmen für den Erhalt der ländlichen Räume wie zum Beispiel das Dorfentwicklungsprogramm.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 9. Juni 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)